



Nichts wird dem Zufall überlassen – AfD-Demonstration in Freilassing, Oktober 2015.

AfD, Rassisten und Nazis stoppen!

Werdegang einer rechten Partei

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde 2013 als Erfindung einer kleinen Gruppe von Angehörigen der sogenannten Elite aus Wissenschaft, Wirtschaft und Adel (!) gegründet. Gründer und Anführer Prof. Bernd Lucke strebte eine Partei an, die zwar nach rechts anschlussfähig sein sollte, aber nicht so aussehen durfte.

Dies ist gründlich misslungen. Im Juli 2015 wurde er selbst vom offenen rechten Parteiflügel um Frauke Petry von der Spitze verdrängt und verließ die AfD zusammen mit mehreren tausend seiner Anhänger. Das Radikalisierungs-Szenario könnte sich wiederholen. Mittlerweile ist Frau Petry in ihrer noch weiter nach rechts gerückten Partei selbst unter Druck eines nun auch mit neofaschistischen Positionen auftretenden Flügels, angeführt vom thüringischen Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, geraten. Der brüchige parteiinterne Burgfrieden zwischen den unterschiedlich radikalen Rechten ist instrumentell. Erst sollen Landtagsmandate und Staatsknete erobert werden – während gleichzeitig die „Altparteien“ genau dafür attackiert werden – bevor es zu einem neuen offenen Kampf um Macht kommen kann.

Das politische Feld der AfD

Die AfD ist parteipolitischer Ausdruck einer sich auf vielfältige Weise etablierenden rechten Bewegung. Auf der einen Seite wird sie intensiv durch ein rechtes Mediennetzwerk begleitet, kommentiert und gefördert, namentlich die „Junge Freiheit“, „eigentümlich frei“, „Blaue Narzisse“ und die „Preußische Allgemeine Zeitung“. Diese Publikationen nehmen zugleich Einfluss auf die Entwicklung der Partei. Zum anderen steht sie in engem Zusammenhang mit der nationalistisch-rassistischen Pegida-Bewegung, die nach einer Art völkischen Selbstermächtigung auf der Straße strebt. Mit Pegida teilt die AfD Inhalte und Gestus, z. T. sucht sie sie direkt durch eigene Kundgebungen zu imitieren.

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende, Hans-Olaf Henkel urteilt heute, dass er und seine Parteigenossen „ein richtiges Monster erschaffen hätten“ (SZ, 16.12.2015). Im Kontext einer zunehmend rassistischen öffentlichen Debatte kann die AfD dennoch ein wachsendes Wählerpotential für ihre völkisch-rassistischen und reaktionären Positionen verbuchen. Offensichtlich gelingt es ihr, die Teile der gesellschaftlichen „Mitte“ für sich zu gewinnen, bei denen in etlichen Studien immer wieder eine hohe Zustimmung zu extrem rechten Positionen festgestellt wird.

Mob mit Krawatte

Der Umgang, den die „Parteifreunde“ untereinander pflegen, lässt erschauern, wenn man sich vorstellt, dass die ihm zugrunde liegenden Prinzipien auf die ganze Gesellschaft übertragen werden sollen. Sie lassen eine Politik der ungehemmten Aggressivität gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten erwarten. Die AfD will die Gesellschaft unbedingt nach ihrem rückwärtsgewandten und autoritärem Weltbild

umgestalten. Emanzipation von Frauen, Homosexuellen, Einwanderern und anderen wird nicht nur abgelehnt, sondern es soll bisher Erreichtes zurückgedreht werden.

Die von ihr geforderten Maßnahmen richten sich allesamt gegen die Interessen der arbeitenden und arbeitslosen Menschen. Sie sollen unbedingt und unbeschränkt dem Markt unterworfen werden. So ist die AfD gegen den Mindestlohn und überhaupt gegen erkämpfte Rechte der Beschäftigten.

Um dies zu begründen, ist die Sprache der AfD von Diffamierungen und hoher Aggressivität durchzogen. Vorherrschendes Thema der AfD ist allerdings die Agitation gegen die Geflüchteten. Das Wort vom „Biedermann als Brandstifter“ war noch nie wahrer als jetzt. Die AfD trägt erhebliche politische Mitverantwortung für jeden tätlichen Angriff gegen Flüchtlinge, für jeden Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkünfte.



Klare Kante in Freilassing, Oktober 2015.

Chronik der verbalen Eskalation

Der thüringische Frontmann Höcke agiert als permanenter ideologischer Grenzverletzer und Radikalisierer. Sein Publikum findet er bei regelmäßigen Kundgebungen in Erfurt im Pegida-Stil und bei Auftritten in den Medien. Doch Höcke ist kein Einzelfall, sondern nur ein Beispiel für die rechtsextreme Gesinnung vieler AfD-Funktionäre, wie eine unvollständige Übersicht über das Jahr 2015 zeigt:

23. Januar Der in der rechtsextremen Szene als Referent beliebte Karl-Heinz Kuhlmann tritt bei einer AfD-Tagung in Osnabrück auf. Den Islam bezeichnet der evangelische Theologe als „Feind“. Kuhlmann ist Schirmherr des rechtsextremen „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“. 2013 war er aus der AfD ausgetreten und damit einem Parteiausschlussverfahren zuvorgekommen.

26. Januar Der AfD-Kreisvorsitzende in Südthüringen, Heiko Bernardy, hält bei einer Demonstration des rechtsextremen thüringischen Pegida-Ablegers „Sügida“ in Suhl eine Hassrede. „Antideutscher Rassismus ist schon längst zum Alltag geworden“, sagt Bernardy. „Wenn Pegida eins erreicht hat, dann ist es, dass sich die Feinde unseres Volkes geoutet haben.“ Dem Bundesjustizminister wirft der AfD-Funktionär einen „Schulterschluss mit Linksextremisten“ vor. Nach der Rede tritt Bernardy aus dem Kreisvorstand und der AfD aus.

13. Februar Der Organisator der Pegida-Demos in Kassel, Michael Viehmann, muss die AfD verlassen, nachdem bekannt wird, dass er im Internet antisemitische Hetze verbreitet haben soll. In einem Eintrag auf Viehmanns Facebook-Seite hieß es über dem Bild eines getöteten palästinensischen Kindes: „Und sowas findest du ok Frau Merkel, man sollte dich steinigen du Vieh und dann auch noch im Namen von uns Deutschen dem Judenpack Unterstützung anbieten (...).“ Er hoffe, dass „hier bald eine Revolution ausbricht und dem ganzen Deutschen Politpack der Schädel eingeschlagen wird“ (alle Fehler im Original). Derzeit läuft gegen den 47-jährigen ein Gerichtsverfahren wegen Volksverhetzung, er bestreitet inzwischen, den Eintrag selbst verfasst zu haben.

21. März AfD-Vize Alexander Gauland hält vor der neurechten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) in Hamburg eine Rede, der auch zahlreiche (Neo-)faschisten wie die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck lauschen. Der SWG-Vorsitzende der Gesellschaft verharmlost die Verbrechen der Waffen-SS. Laut Verfassungsschutz läßt die SWG immer wieder Rechtsextremisten als Referenten ein (...).

18. Mai Das Amtsgericht Rostock verurteilt den ehemaligen AfD-Landesvorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern, Holger Arppe, wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe. Das AfD-Mitglied hatte 2010 die britischen Inseln als einen Ort bezeichnet, der für die in der EU lebenden Muslime als Quarantäne-Insel benutzt werden könne.

10. August Gunnar Baumgart, ehemaliges Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbands Weserbergland, verbreitet via Facebook einen Text, in dem der Holocaust geleugnet wird. Dazu schreibt Baumgart: „Jeder, der den Leuchter Report gelesen hat, jeder, der Ernst Zündel und seine Aussagen kennt und jeder der mit offenen Augen Auschwitz besucht hat, jeder der das Unrecht, welches Gernar Rudolph und vielen anderen widerfahren ist, weiss es!!! Wenn ich Kinder hätte, würden sie den Geschichtsunterricht in Deutschland nicht besuchen.“ (Fehler im Original) Im „Leuchter-Report“ werden die Gaskammern in Auschwitz bestritten, Ernst Zündel und Gernar Rudolf sind wegen Volksverhetzung verurteilt und zählen zu den bekanntesten Holocaust-Leugnern. Gegen Baumgart läuft ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung, er ist aus der AfD ausgetreten.

8. September Trotz der Veröffentlichung einer antisemitischen Karikatur kann der AfD-Politiker Jan-Ulrich Weiß aus Brandenburg Mitglied der Partei bleiben. Das Bundesschiedsgericht der AfD entscheidet, dass ein Ausschluss aus unverhältnismäßig sei. Selbst Brandenburgs AfD-Chef Gauland hatte damals Weiß' Bild kommentiert: „Das ist ‚Stürmer‘-Niveau. Das dulden wir nicht.“ Weiß ist bis heute Kreisvorsitzender der Uckermarker AfD.

21. Oktober Norman W., Vorstandsmitglied des AfD-Kreisverbands Havelland, wird wegen des Verdachts auf rechtsextreme Betätigung von seinem Arbeitgeber, der Polizei Berlin, suspendiert. Bei einer Demo des Brandenburger Pegida-Ablegers soll er ein Plakat mit rechtsextremen Parolen getragen haben, auf seinem Auto soll sich ein Aufkleber der Holocaust-Leugner-Organisation „Europäische Aktion“ befunden haben. Bis heute ist W. Beisitzer im AfD-Kreisvorstand.

31. Oktober Der Vize-Fraktionschef der AfD im Brandenburger Landtag, Andreas Kalbitz, nimmt an der Spitze eines von Rechtsextremisten dominierten Aufmarsches in Lübbenau teil. Zuvor war bekannt geworden, dass Kalbitz einem rechtsextremistischen, NPD-nahen Verein vorsitzt. Nach Kritik und Rücktrittsforderungen gab Kalbitz bekannt, die von einem Altnazi gegründete Vereinigung verlassen zu wollen.

19. November Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag entsendet als Praktikanten den Burschenschaftler Torben Braga in den Innenausschuss. Braga ist Sprecher des völkisch ausgerichteten Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ und Mitglied der Marburger Burschenschaft Germania, die als rechtsextremistisch gilt. Er wird aus dem Ausschuss ausgeschlossen.

21. November Björn Höcke, Chef der AfD Thüringen, tritt bei einem Kongress des neurechten „Instituts für Staatspolitik“ (IfS) auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt als Referent zum Thema „Asyl – eine politische Bestandsaufnahme“ auf. In seinem pseudowissenschaftlichen Vortrag behauptet er, Afrikaner und Europäer verfolgten unterschiedliche „Reproduktionsstrategien“, die zu einem „Bevölkerungsüberschuss Afrikas“ führe. Experten werfen Höcke vor, „auf einer Linie mit der Rassentheorie des Nationalsozialismus“ zu argumentieren. Das IfS wurde von Götz Kubitschek, einem „rechtsextremen Revolutionär“ (Der Spiegel), ins Leben gerufen. Der IfS-Trägerverein wird von Andreas Lichert geführt, der zugleich zum hessischen AfD-Landesvorstand gehört und über Verbindungen zur rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ verfügt.

1. Dezember Die Sprecher der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“, Sven Tritschler und Markus Frohnmaier, lassen sich von der rechtsextremen Zeitschrift „Zuerst“ (Dezember-Ausgabe) interviewen. Auf einen Besuch bei der österreichischen Rechtsaußen-Partei FPÖ und ihren Chef Heinz-Christian Strache angesprochen, sagt Frohnmaier: „Von HC Strache und der FPÖ lernen, heißt siegen lernen.“

AfD – „NPD light“?

Wenn die AfD Übereinstimmungen mit einer anderen deutschen Partei hat, dann mit der NPD.

Wie diese will sie das angebliche „deutsche Interesse“ über alles andere stellen.

Die Politik der AfD ist demokratiefeindlich, frauenfeindlich, homophob und menschenverachtend, genau wie die der NPD.

Mindestens ein wichtiger Funktionär – Björn Höcke – könnte genauso gut als Vorsitzender der NPD agieren. In diversen Lokalparlamenten hat die AfD als einzige andere Partei für Anträge der NPD gestimmt.

Wo AfD draufsteht, ist also schon jetzt eine gehörige Portion NPD drin. Die blaue Verpackung macht den braunen Inhalt nicht genießbarer.

Dem stellen wir unsere Orientierung auf ein solidarisches Miteinander entgegen:

- Wir wollen mehr Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe für alle, die in Deutschland leben!**
- Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau der sozialen und politischen Rechte!**
- Wir üben Solidarität mit allen Geflüchteten!**
- Wir fordern eine eindeutige Politik gegenüber rassistischer Gewalt!**



Breite Gegenwehr in Freilassing, Oktober 2015.

V.i.S.d.P: Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen
und Antifaschisten (VVN-BdA)
10365 Berlin, Stand Januar 2016

www.vvn-bda.de

